

Frauenrechte in Gefahr: Wie können die UN-Agenda 2030 und CEDAW helfen?

Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath,
Landesfrauenrat Hamburg
Hamburg, 7. Mai.2018

Internationale Verträge nutzen- im Interesse von Gleichstellung

- Die Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen verpflichtet alle UN-Mitgliedstaaten zur ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit und baut auf der Menschenrechtserklärung auf. Die Mission: Niemand darf zurückgelassen werden, auch die Frauen nicht.
- Wenn die Gleichstellung von Frau und Mann nicht durchgesetzt wird, können die Nachhaltigkeitsziele nicht erreicht werden. Diese Einsicht prägte die UN- Familie, als sie die Geschlechtergerechtigkeit und die Stärkung von Frauen in Ziel 5 als eigenständiges Ziel beschloss und gleichzeitig die Geschlechtergerechtigkeit zur Querschnittsaufgabe für alle Ziele erklärte.
- Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sowie die Hamburger Agenda legen die Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe fest.



Agenda 2030: Nachhaltige Entwicklung

- Am 25. September 2015 haben 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die Agenda 2030 für die nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Kern der Agenda sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung- es geht um ökologische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Nachhaltigkeit zum Überleben des Planeten Erde.
- Die Agenda 2030 ist universell. Sie gilt für alle Staaten, sie muss auch in und durch Deutschland umgesetzt werden, auch in Hamburg. Sie fordert die Beteiligung der Zivilgesellschaft.
- Die Bundesregierung hat ihre Nachhaltigkeitsagenda 2017 verabschiedet und setzt auf Durchführungskonformität. Hamburg hat im Juli 2017 mit seiner Bürgerschaftsdrucksache die Umsetzung der UN- Agenda für vier Cluster Umwelt und Stadtentwicklung, Bildung und Wissenschaft, Soziales und Teilhabe, Wirtschaft und Finanzen beschlossen.
- Eine der Kernaussagen der UN-Agenda 2030 ist die Botschaft: „Niemand darf zurückgelassen werden“ und bezieht diese Botschaft auf alle 17 Ziele.

UN-Agenda 2030 – Fahrplan für nachhaltige Entwicklung

- Die UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung will eine Transformation der Welt und verbindet soziale und ökologische, wirtschaftliche und kulturelle Nachhaltigkeit. Globale Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam bewältigen, damit sich die Lebensbedingungen weltweit verbessern, Armut bekämpft und der Schutz des Planeten Erde erreicht werden kann.
- Nachhaltige Entwicklung verlangt, Verantwortung wahrzunehmen – international, regional und lokal - gefordert ist die Partizipation aller – der Regierungen, der Parlamente, der Sozialpartner, der Zivilgesellschaft.
- Von zentraler Bedeutung ist Ziel 10: Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern. 42 Reichen gehört heute die Hälfte des Weltvermögens. Die wirtschaftlichen und sozialen Teilhabemöglichkeiten, insbesondere der Bevölkerungsgruppen muss verbessert werden, auf die nur geringe Vermögen und Einkommen entfallen. Das gilt auch für Hamburg. Wenn in dieser reichen Stadt über 14 % arm sind, ist das ein Skandal. Wenn die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland über 57.5% des Gesamtnettovermögens verfügen, ist das nicht hinnehmbar.

UN-Agenda 2030

- Die UN-Agenda 2030 will eine neue transformative Weltordnung, legt aber keinen wirklich transformativen Weltordnungsrahmen vor. Die neoliberale Wirtschaftspolitik macht sich weiterhin fest an der Fokussierung am Wirtschaftswachstum für alle. Dabei kann der Planet Erde nur überleben, wenn alle Staaten wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Nachhaltigkeit zum Ziel ihrer Politik machen.
- Schließlich ist die heutige Generation nicht nur die erste Generation, die Armut in aller Welt abschaffen kann. Sie ist auch die letzte Generation, die den Planeten Erde retten kann. Besonders die bereits von der UN- Frauenkonvention CEDAW geforderte Überwindung von Geschlechterstereotypen und proaktive Rolle der Regierungen wird dabei angemahnt.
- Frauen spielen eine entscheidende Rolle für die Umsetzung der UN-Agenda. Schließlich wurden die UN- Millenniumsziele nicht erreicht, weil die Geschlechtergerechtigkeit und- Gleichstellung nicht erreicht worden ist. Mit dem Ziel 5 der UN-Agenda verdeutlicht die Völkergemeinschaft, dass wichtige und grundlegende Veränderungen aus Gender-Gerechtigkeitssicht angesagt sind: Geschlechtergerechtigkeit ist Teil der Probleme und Teil der Lösung.



SDG 5: Geschlechtergerechtigkeit und Frauen Empowerment

- Ziel 5 der UN-Agenda ist Wert und Ziel der UN-Agenda 2030, zu Recht ein eigenständiges Ziel und zugleich eine Querschnittsaufgabe für alle 17 Ziele.
- Ziel 5 setzt auf Geschlechtergerechtigkeit und Gender Empowerment. Die Unterziele verdeutlichen, dass es nicht um Kosmetik, sondern substantielle Veränderungen geht:

Gendergerechte Umsetzung der UN-Agenda

UN Women gender-responsive implementation of the 2030 agenda



Ziel 5 und Unterziele

- 5.1: Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden
- 5.2: Alle Formen von Gewalt gegen alle Frauen und Mädchen im öffentlichen und im privaten Bereich einschließlich des Menschenhandels und sexueller und anderer Formen der Ausbeutung beseitigen
- 5.3: Alle schädlichen Praktiken wie Kinderheirat, Frühverheiratung und Zwangsheirat sowie die Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen beseitigen
- 5.4: Unbezahlte Pflege- und Hausarbeit durch die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen, Sozialschutzmaßnahmen und die Förderung geteilter Verantwortung innerhalb des Haushalts und der Familie entsprechend den nationalen Gegebenheiten anerkennen und wertschätzen
- 5.5: Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherstellen

Ziel 5 und Unterziele

- 5.6: Den allgemeinen Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und reproduktiven Rechten gewährleisten, wie im Einklang mit dem Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung, der Aktionsplattform von Beijing und den Ergebnisdokumenten ihrer Überprüfungskonferenzen vereinbart
- 5.a: Reformen durchführen, um Frauen die gleichen Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen sowie Zugang zu Grundeigentum und zur Verfügungsgewalt über Grund und Boden und sonstige Vermögensformen, zu Finanzdienstleistungen, Erbschaften und natürlichen Ressourcen zu verschaffen, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften
- 5.b: Die Nutzung von Grundlagentechnologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, verbessern, um die Selbstbestimmung der Frauen zu fördern
- 5.c: Eine solide Politik und durchsetzbare Rechtsvorschriften zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Selbstbestimmung aller Frauen und Mädchen auf allen Ebenen beschließen und verstärken



Beispiele für die Interkonnektivität der SDG- Ziele in Bezug auf Ziel 5

Armut beenden



- Bis 2030 sicherstellen, dass alle Männer und Frauen (...), die gleichen Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen (...) haben.
- Nur 20 % der Grundbesitzer_innen in Entwicklungsländern sind Frauen
- Nur rund 5 % der Gelder für Entwicklungszusammenarbeit der Staaten des Ausschusses für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in 2013 diente direkt dem Ziel der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit.

Armut und Bildung

- Jedes zusätzliche Sekundarschuljahr steigert das spätere Einkommen eines Mädchens um bis zu 20%.
- Hätten alle Mädchen Zugang zu Sekundarschulbildung, würden Kinder-, Früh- und Zwangsheiraten um fast zwei Drittel zurückgehen.
- Weiterführende Schulbildung von jungen Müttern und bessere Aufklärung über Krankheiten könnten jährlich drei Millionen Kinder unter fünf Jahren das Leben retten.
 - Jedes zusätzliche Schuljahr für Mädchen kann das jährliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) des gesamten Landes um 0,37% steigern
 - Etwa die Hälfte des OECD Wirtschaftswachstums der vergangenen 50 Jahre lassen sich allein auf den besseren Zugang zu Bildung für Mädchen und Frauen zurückführen.
- Nicht-formale Bildung kann dabei helfen, dass Kinder, die nicht zur Schule gehen, dennoch einen Zugang zu Bildung erhalten. Darüber hinaus kann non-formale Bildung den Weg in das formale Bildungssystem bereiten.
- Bildung in Krisen- und Notsituationen schafft ein gewisses Maß an Normalität für Kinder und sicherere Räume. Bildung in Krisen- und Notsituationen ist auch deshalb wichtig, weil der Gefahr einer „verlorenen Generation“ vorgebeugt wird.
- Junge Männer mit einem höheren Bildungsabschluss respektieren die Rechte von Mädchen und Frauen mehr.

Ernährung sichern



- Bis 2030 alle Mangelernährung beenden, (...) und den Ernährungsbedürfnissen von heranwachsenden Mädchen, schwangeren und stillenden Frauen und älteren Menschen Rechnung tragen.
- Bis 2030 die landwirtschaftliche Produktivität und die Einkommen von kleineren Nahrungsmittelproduzenten, insbesondere Frauen (...) verdoppeln
- Gesicherter und gleichberechtigter Zugang zu Grund, Boden und anderen Ressourcen und Betriebsmitteln.

Lebenswerte Städte und Klimawandel stoppen



- Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen (...) mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen (...).
- Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu (...) öffentlichen Räumen gewährleisten, insbesondere für Frauen und Kinder, (...).



- Mechanismen zum Ausbau effektiver Planungs- und Managementkapazitäten im Bereich des Klimawandels (...) fördern, unter anderem mit gezielter Ausrichtung auf Frauen, junge Menschen sowie lokale und marginalisierte Gemeinweisen.

Hamburger Agenda zur Umsetzung der UN-Agenda 2030

Hamburg muss wie alle Bundesländer die UN-Agenda 2030 umsetzen.

Hamburg konzentriert sich auf die Cluster Umwelt und Stadtentwicklung, Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Teilhabe.

„Gender“ ist – so die Bürgerschaftsdrucksache- ein Querschnittsthema...

Der Landesfrauenrat ist gefordert, Forderungen einzubringen:

- Umwelt und Stadtentwicklung: frauengerechte Stadt- siehe Habitat III
- Bildung und Wissenschaft: Überwindung der Geschlechterstereotypen
- Wirtschaft und Finanzen: Mehr Frauen in die Vorstände, Gender Budgeting
- Soziales und Teilhabe. Halbierung der relativen Armut, da Armut vor allem Frauen betrifft

CEDAW und Deutschland

- Die 23 internationalen Sachverständigen des CEDAW-Ausschusses haben Deutschland 2017 für viele gleichstellungspolitische Meilensteine der vergangenen Jahre gelobt – unter anderem für:
 - die gesetzlichen Maßnahmen für mehr Frauen in Führungspositionen ("Quotengesetz"),
 - die neue Gesetzesinitiative zur Schaffung von Lohngerechtigkeit und Entgelttransparenz
 - die Reform des Sexualstrafrechts mit dem Grundsatz "Nein heißt Nein"
 - die Aktionspläne der Bundesregierung zur Umsetzung der VN-Menschenrechtskonventionen und Resolutionen
 - die Maßnahmen der Bundesregierung im Kampf gegen Gewalt an Frauen einschließlich der Ratifizierung des Europarats-Übereinkommens zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Istanbulkonvention).



Faktische Gleichstellung nicht erreicht

- Der CEDAW-Ausschuss hat Deutschland in den insgesamt 57 Abschließenden Bemerkungen auch eine Reihe von Handlungsempfehlungen übermittelt, die das Erreichen tatsächlicher Gleichstellung von Mädchen und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen Ebenen weiter beschleunigen könnten.
- Die Empfehlungen werden nun von der Bundesregierung und den Ländern im Einzelnen geprüft. Über die Prüfungsergebnisse und die weiteren gleichstellungspolitischen Fortschritte wird Deutschland den CEDAW-Ausschuss im März 2021 in seinem neunten Staatenbericht unterrichten.
- Gemäß der Abschließenden Bemerkung Nr. 55 des CEDAW-Ausschusses ist bereits bis Februar 2019 ein Zwischenbericht der Empfehlungen Nr. 38b, 40b, 48b und 50d zu erstellen.

55 Kritische Anmerkungen

- Deutschland muss sich gleichstellungspolitisch stärker anstrengen. Gefordert werden
- Gleichstellungspolitische Institutionen stärken, mehr Ressourcen, mehr Kompetenzen für die Anti-Diskriminierungsstelle des Bundes, ein Verbandsklagerecht bei Diskriminierung, Gendermainstreaming stärken, kohärentes Handeln auf allen Ebenen, eine proaktive Gleichstellungspolitik, Stärkung des Menschenrechtsinstituts
- Mehr Frauen in Ämter und Mandate, Aufbrechen der Geschlechterstereotypen, des Berufswahlverhaltens von Frauen, andere Frauenbilder in Werbung, Medien,

55 Kritische Anmerkungen

- Eine nationale Strategie gegen Frauenarmut, Beseitigung der Lohndiskriminierung und der Altersarmut, mehr positive Anti-Diskriminierungsmaßnahmen, Förderung Frauen im ländlichen Raum
- Bessere Frauengesundheit , vor allem für Migrantinnen, Lob für Ratifizierung der Istanbul-Konvention, Kritik an der realen Lage zu Gewalt gegen Frauen
- Frauen- und Menschenrechte bei Welthandel und internationalen Investitionen und internationalen Abkommen beachten, menschen- und frauenrechtliche Verpflichtungen für deutsche Unternehmen im Ausland stärken

Transparenz und Partizipation gefordert

- Der Deutsche Frauenrat fordert die Bundesregierung auf, die abschließenden Bemerkungen („Concluding Observations“) des CEDAW-Ausschusses der UN so zu veröffentlichen, dass sie für die Zivilgesellschaft besser wahrnehmbar sind. Darüber hinaus muss die Bundesregierung Rechenschaft ablegen über die Umsetzung der Empfehlungen und dazu einen transparenten Prozess unter Beteiligung der Zivilgesellschaft organisieren. Ebenso sind die vereinbarten Schlussfolgerungen der jährlich stattfindenden UN-Frauenrechtskommission (UNCSW) von der Bundesregierung in geeigneter Form zu veröffentlichen und in den Umsetzungsprozess der Pekingener Aktionsplattform auf nationaler Ebene einzubeziehen.
- Bis heute finden sich die 55 abschließenden Bemerkungen nicht auf der Homepage der Bundesregierung....
- Das gilt auch für die diesjährigen Beschlüsse der Frauenrechtskommission in New York.

CSW 2018

- Die Frauenrechtskommission 2018 forderte die Umsetzung der Aktionsplattform von Peking, der UN-Agenda 2030 und des Paris-Abkommens, unterstrich die Bedeutung der Frauenmensenrechte und sieht eine neue Bedrohung der Geschlechtergleichstellung durch die digitale Genderlücke. Im Mittelpunkt stand die Forderung der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen auf dem Land.
- Uno-Generalsekretär António Guterres hat sich selbst als ein "stolzer Feminist" bezeichnet. Die Gewalt gegen Frauen bezeichnet er als "die größte Herausforderung für die Menschenrechte in unserer Zeit".
- Die Diskriminierung von Frauen schade Gemeinden, Organisationen, Unternehmen sowie Wirtschaft und Gesellschaft. Darum sollten alle Männer Frauenrechte und die Gleichberechtigung der Geschlechter unterstützen, und darum nenne er sich auch Feminist.
- Die Frauenrechtskommission sei wichtig, "um Vorurteile und Diskriminierung zu beenden, die die Möglichkeiten von Frauen und Mädchen begrenzen", sagte Guterres. Er nannte die Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen "die größte Herausforderung für die Menschenrechte in unserer Zeit". Es sei im Interesse von allen, "ungleiche Machtdynamiken" zu ändern

G7 läuft G20 gleichstellungspolitisch den Rang ab

- Während die argentinische G20-Präsidentschaft frauen- und gleichstellungspolitische Themen vernachlässigt, hat die kanadische G7-Präsidentschaft die Geschlechtergleichstellung und die feministische Politik zu einem Leuchtturm erklärt. Erstmals werden sich auf Einladung Kanadas alle weiblichen Außenminister der Welt treffen und feministische Außenpolitik diskutieren..

Wo stehen wir Frauen 2018?

- Seit der Zweiten Frauenbewegung hat es noch keine so mächtigen Frauenrevolten gegeben wie in den vergangenen Jahren: One-Billion-Rising, Planet 50-50. #heforshe, Pussyhat-Frauenmarsch, #Metoo...
- Die Zunahme autoritärer frauenverachtender Regime ist dennoch beispiellos.
- Europa ist kein „safe heaven“ mehr.. Fortschritte in Sachen Gleichstellung bleiben aus.
- Deutschland: In der Gleichstellung EU- weit nur unteres Mittelmaß. Die Zahl der Bundestagsabgeordneten ist rückläufig, die politische Gleichstellung in wichtigen Ämtern der Bundesregierung ist verbesserungswürdig.
- Zur Umsetzung der UN- Nachhaltigkeitsagenda bedarf es zielführender Maßnahmen auf Bundes- und Länderebene, wenn die Gleichstellung von Frau und Mann, Geschlechtergerechtigkeit und Gender empowerment erreicht werden sollen.
- Erinnern wir uns: Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Das war ein Motto der Neuen Frauenbewegung. Feminismus 2018 braucht mehr Power, damit die Gesellschaft gerechter und gleichgestellter wird. Nutzen wir internationale Konventionen und Instrumente zur Durchsetzung unserer Rechte und Ziele!

Parität in Tunesien

